



DATENBLICK 33/2026 | MORITZ HOHLSTEIN | GESUNDHEIT, VOLKSWIRTSCHAFT, ARBEIT

Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz

Aktuelle Ergebnisse der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen

23. Februar 2026

Die Gesundheitswirtschaft ist eine Wachstumsbranche, deren Bruttowertschöpfung und Beschäftigtenzahl in den vergangenen Jahren deutlich zunahm. Im Jahr 2024 trug die Branche rund 13 Prozent zur Bruttowertschöpfung, die in Rheinland-Pfalz erwirtschaftet wurde, bei. Außerdem bot sie 15 Prozent aller Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz. Dies zeigen aktuelle Ergebnisse der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder. Allerdings machen die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen auch deutlich, dass diesem Wertschöpfungs- und Beschäftigungszuwachs kontinuierlich steigende Ausgaben im Gesundheitswesen gegenüberstanden. In diesem Beitrag werden die aktuellen Ergebnisse aus den drei Teilbereichen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen, dem Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, der Gesundheitspersonalrechnung und der Gesundheitsausgabenrechnung vorgestellt.

Teilbereiche der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen

Wie hoch sind die Gesundheitsausgaben in Rheinland-Pfalz und für welche Gesundheitsleistungen wird am meisten ausgegeben? Wie viele Beschäftigte sind im Gesundheitswesen tätig? Wie hoch ist der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Wertschöpfung im Land? Und wie wirkte sich die Coronapandemie auf die Gesundheitswirtschaft aus? Die Antworten auf diese Fragen geben die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder. Die Rechenwerke der amtlichen Statistik bestehen aus drei Teilen, dem Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, der Gesundheitspersonalrechnung und der Gesundheitsausgabenrechnung. Diese werden für alle Bundesländer nach einheitlichen Methoden erstellt. Für die Gesundheitspersonal- und die Gesundheitsausgabenrechnung liegen derzeit Ergebnisse für die Berichtsjahre 2008 bis 2023 vor. Beim Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz erstreckt sich die Zeitreihe bis zum Berichtsjahr 2024.

Weitere Informationen

Ausführlichere Informationen zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder sind dem [Statistikportal](#) zu entnehmen. Dort finden sich neben den aktuellen Ergebnissen auch interaktive Grafiken, Dashboards, Definitionen, detaillierte Erläuterungen zu den Berechnungsmethoden sowie weiterführende Literaturhinweise.

Über Veröffentlichungen und alle wichtigen Neuigkeiten informiert auch der Newsletter der [Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder](#).

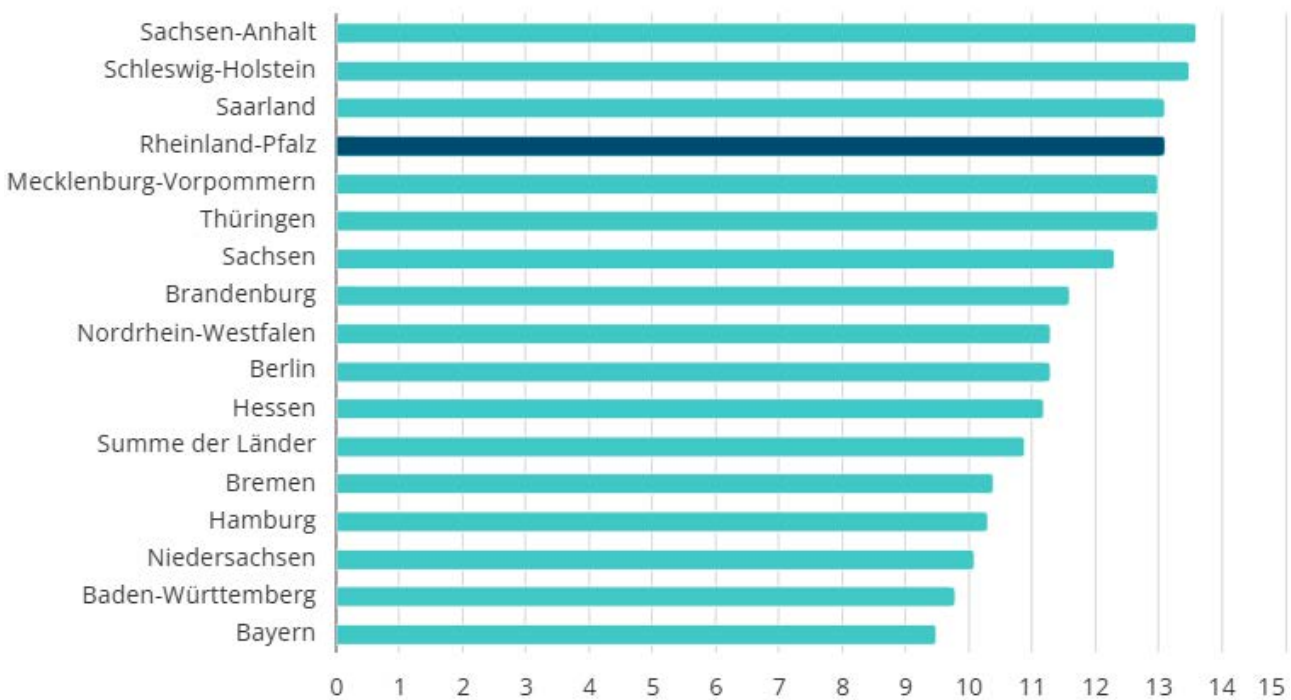
13 Prozent Wertschöpfungsanteil

Die Gesundheitswirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zur Bruttowertschöpfung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Nach Ergebnissen des Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatzes erzielte der Wirtschaftsbereich 2024 in jeweiligen Preisen eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 21,9 Milliarden Euro und trug somit 13 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei, die im Land erstellt wird. Im Vergleich aller Bundesländer weist die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz den vierthöchsten

Wertschöpfungsanteil auf. Am höchsten war der Wertschöpfungsanteil der Gesundheitswirtschaft in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein (jeweils 14 Prozent). Am niedrigsten war er in Bayern und Baden-Württemberg (9,5 bzw. 9,8 Prozent). Im Länderdurchschnitt belief sich der Wert auf elf Prozent. Der hohe Anteilswert in Rheinland-Pfalz ist unter anderem auf die große Bedeutung der Pharmaindustrie zurückzuführen, die während der Coronapandemie erheblich von der Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes profitierte. Allerdings wies die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz bereits vor dem Beginn der Pandemie einen überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil auf. Im Jahr 2019 lag er 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Länder.

Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2024

Anteil an der Gesamtwirtschaft in %



Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige 2024 ^

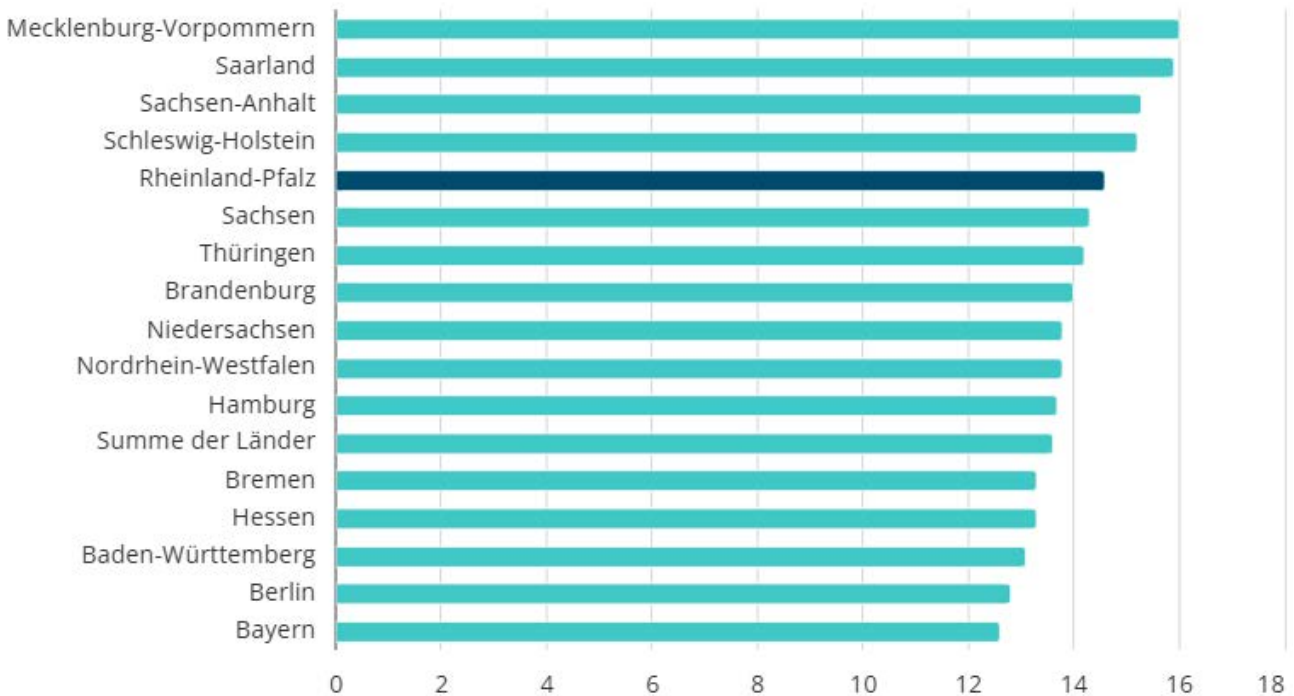
Bundesland	Bruttowertschöpfung (BWS) ¹ in Mrd. EUR	Erwerbstätige (ET) in 1.000	BWS ¹ je ET in EUR
Baden-Württemberg	57,9	843,4	68.619
Bayern	67,8	993,7	68.242
Berlin	21,1	280,7	75.218
Brandenburg	10,2	160,0	63.801
Bremen	3,9	59,2	66.037
Hamburg	15,1	186,7	80.622
Hessen	37,5	481,1	77.976
Mecklenburg-Vorpommern	7,2	121,2	59.707
Niedersachsen	34,8	583,8	59.690
Nordrhein-Westfalen	89,2	1.358,2	65.677
Rheinland-Pfalz	21,9	300,6	72.800
Saarland	5,1	83,3	60.811
Sachsen	18,1	295,6	61.136
Sachsen-Anhalt	9,8	151,4	64.636
Schleswig-Holstein	15,5	224,9	68.737
Thüringen	9,2	144,9	63.587
Alle Länder	424,3	6.268,8	67.677

¹ In jeweiligen Preisen.

Die Gesundheitswirtschaft bietet als personalintensive Branche vielen Menschen einen Arbeitsplatz. Im Jahr 2024 waren in Rheinland-Pfalz 300.600 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Somit arbeiteten 15 Prozent aller Erwerbstätigen in dieser Branche. Im Länderdurchschnitt hatten 2024 gut 14 Prozent aller Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich ihren Arbeitsplatz. Die Anteile lagen zwischen 13 Prozent in Bayern und 16 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Rheinland-Pfalz belegt im Vergleich der Bundesländer Rang fünf.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2024

Anteil an der Gesamtwirtschaft in %



Bereits in den Jahren vor der Coronapandemie präsentierte sich die Gesundheitswirtschaft als eine Wachstumsbranche, deren Wertschöpfung kontinuierlich stieg. In Rheinland-Pfalz nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft von 2014 bis 2019 um 14 Prozent zu (Summe der Länder: +12 Prozent); die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung wuchs im gleichen Zeitraum nur um 5,4 Prozent. Während der Coronapandemie entwickelte sich die Branche wesentlich günstiger als die Gesamtwirtschaft. Im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Pandemie, erhöhte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz um 6,7 Prozent (Summe der Länder: +1,9 Prozent). In der Gesamtwirtschaft nahm die Wertschöpfung aufgrund von unterbrochenen Lieferketten, Einschränkungen für Beschäftigte beim Zugang zu ihren Arbeitsplätzen und allgemeinen Kontaktbeschränkungen hingegen ab (-3,7 Prozent). Im Jahr 2021 stieg die Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz massiv; sie nahm gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 68 Prozent zu (Summe der Länder: +6 Prozent). Verantwortlich war die außergewöhnliche Entwicklung in der Pharmaindustrie, die mit der Entwicklung und Produktion eines Coronaimpfstoffes einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie leistete. Dieser Sondereffekt schlug sich auch im Wertschöpfungsergebnis der Gesamtwirtschaft nieder. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2021 um elf Prozent. Im Jahr 2022 blieb die Wertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft trotz eines Rückgangs um drei Prozent auf einem außergewöhnlich hohen Niveau (Summe der Länder: +2,8 Prozent; Gesamtwirtschaft: +0,2 Prozent).

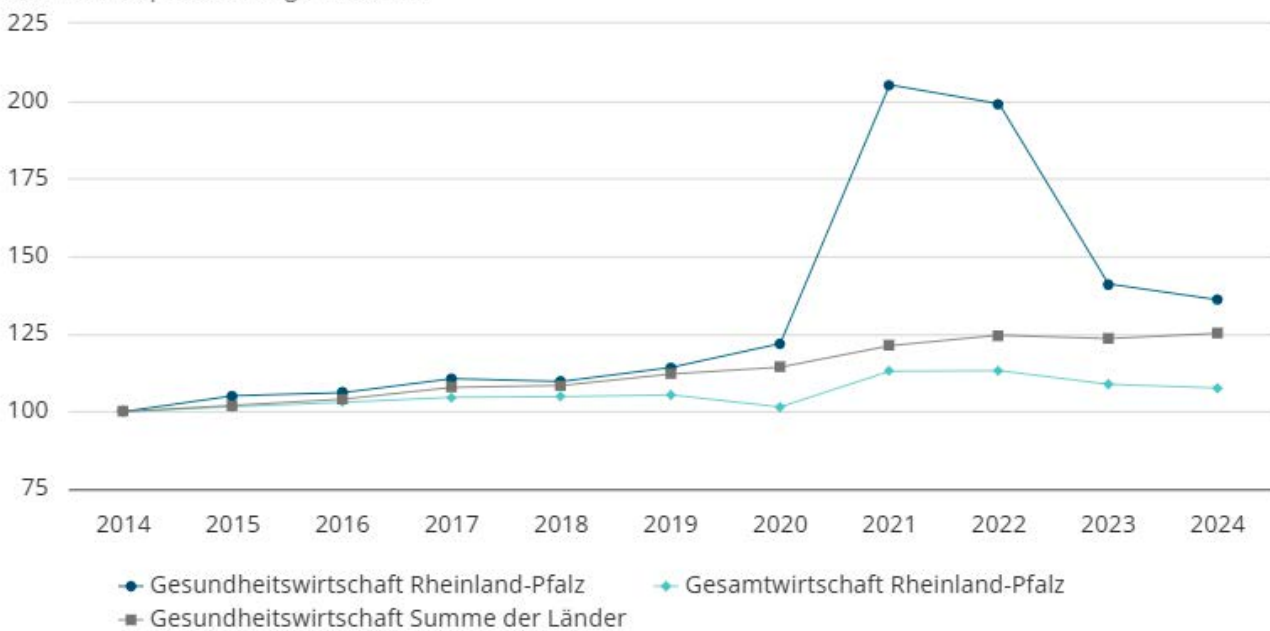
Der Sondereffekt in der Pharmabranche schwächte sich 2023 spürbar ab, sodass die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft preisbereinigt gegenüber 2022 um 29 Prozent sank (Summe der Länder: -0,9 Prozent). Die deutlichen Einbußen in der Gesundheitswirtschaft wirkten sich auch auf die Gesamtwirtschaft aus; in Rheinland-Pfalz schrumpfte die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung 2023 um 3,9 Prozent. Im Jahr 2024 nahm die Bruttowertschöpfung weiter ab. In der Gesundheitswirtschaft lag sie um 3,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres (Summe der Länder: +1,4 Prozent); in der Gesamtwirtschaft betrug das Minus 1,1 Prozent. Trotz des Rückgangs in den letzten drei Jahren übertraf die Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft 2024 mit +19 Prozent aber deutlich das Vor-Corona-Niveau von 2019. Außerdem war der Zuwachs größer als in der Summe

der Länder (+12 Prozent). Die Gesamtwirtschaft wuchs in diesem Zeitraum deutlich langsamer; in Rheinland-Pfalz war die Bruttowertschöpfung 2024 preisbereinigt nur 2,1 Prozent höher als 2019.

Insgesamt erhöhte sich die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft von 2014 bis 2024 preisbereinigt um 36 Prozent. Der Anstieg fiel somit stärker aus als im Länderdurchschnitt (+25 Prozent) und in der rheinland-pfälzischen Gesamtwirtschaft, die im gleichen Zeitraum nur um 7,6 Prozent wuchs.

Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft

Kettenindex preisbereinigt: 2014=100¹



¹ Index rechnerisch umbasiert.

Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE)

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) liefert Informationen zur Bruttowertschöpfung und zu den Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft. Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft, die dem Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz zugrunde liegt, umfasst die Fertigung und Vermarktung von Waren und Dienstleistungen, mit denen die Gesundheit sowohl erhalten als auch wiederhergestellt wird und die von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen ganz oder teilweise erstattet werden. Die Gesundheitswirtschaft ist ein Querschnittsbereich, der als Kern das Gesundheits- und Sozialwesen mit der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung enthält. Um diesen Kern gruppieren sich weitere der Gesundheitswirtschaft zugehörige Akteure, beispielsweise aus dem Handel und dem Verarbeitenden Gewerbe. Nicht zur Gesundheitswirtschaft zählen grundsätzlich privat finanzierte gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen wie beispielsweise Produkte aus dem Bereich Wellness.

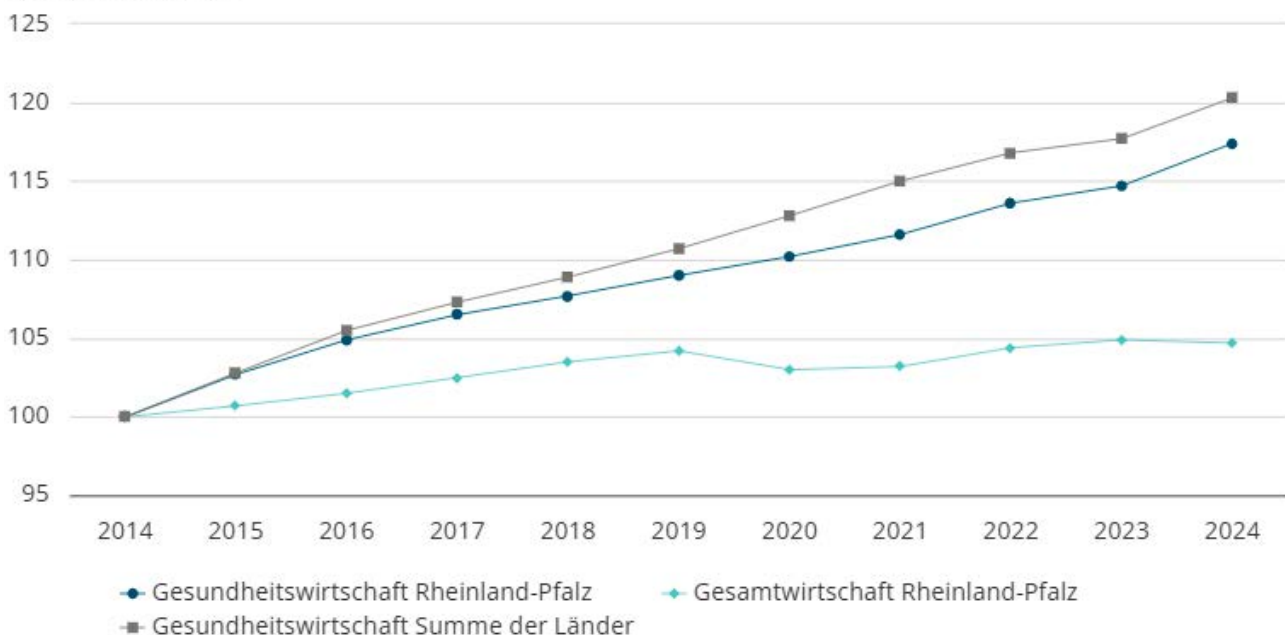
Im Gegensatz zur Gesundheitsausgaben- und zur Gesundheitspersonalrechnung wird beim Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz nicht das System of Health Accounts (SHA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft verwendet, sondern die Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Dadurch harmonisieren die Daten mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Erwerbstätigenrechnung, sodass ein Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit in anderen Bereichen der Volkswirtschaft möglich ist.

Die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt nahm in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich zu. Von 2014 bis 2019, also schon vor Beginn der Coronapandemie, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft um 23.100 Personen bzw. neun Prozent (Summe der Länder: +11 Prozent). In der Gesamtwirtschaft fiel das Wachstum im gleichen Zeitraum deutlich schwächer aus (+4,2 Prozent). In den durch die Pandemie geprägten Jahren 2020 bis 2022 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft weiter kontinuierlich, obwohl sie in der Gesamtwirtschaft zeitweise sank bzw. stagnierte. Im Jahr 2022 war die Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft um 11.600 Personen bzw. 4,2 Prozent höher als 2019 (Summe der Länder: +5,5 Prozent). In der Gesamtwirtschaft stagnierte die Erwerbstätigkeit nahezu (+0,2 Prozent). Auch im Jahr 2023 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft zu. Gegenüber dem Vorjahr stieg sie um 2.900 Personen bzw. ein Prozent. Dies entspricht dem niedrigsten prozentualen Zuwachs seit dem Beginn der Zeitreihe 2008 (Summe der Länder: +0,8 Prozent). Allerdings entwickelte der Arbeitsmarkt 2023 allgemein wenig Dynamik; die Gesamtzahl der Erwerbstätigen legte in Rheinland-Pfalz nur um 0,4 Prozent zu. Obwohl 2024 die Erwerbstätigenzahl insgesamt leicht sank (-0,2 Prozent), wurden in der Gesundheitswirtschaft wieder mehr neue Arbeitsplätze geschaffen: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 2,4 Prozent (Summe der Länder: +2,2 Prozent).

Insgesamt waren in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft 2024 rund 44.600 Personen mehr erwerbstätig als 2014 (+17 Prozent; Summe der Länder: +20 Prozent). In der Gesamtwirtschaft erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum lediglich um 4,7 Prozent.

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft

Messzahl: 2014=100



275.500 Beschäftigte im Gesundheitswesen

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen waren 2023 rund 275.500 Beschäftigte tätig. Auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 66 Beschäftigte im Gesundheitswesen. Damit liegt Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt (72 Beschäftigte je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner). Bezogen auf die Bevölkerungszahl hat Hamburg die meisten und Brandenburg die wenigsten Beschäftigten im Gesundheitswesen (85 bzw. 62 je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Gesundheitspersonal 2023 nach Bundesländern

Bundesland	Anzahl in 1.000	Je 1.000 der Bevölkerung
Baden-Württemberg	831	73
Bayern	979	73
Berlin	269	71
Brandenburg	159	62
Bremen	51	74
Hamburg	162	85
Hessen	474	74
Mecklenburg-Vorpommern	118	73
Niedersachsen	569	70
Nordrhein-Westfalen	1.290	71
Rheinland-Pfalz	276	66
Saarland	79	80
Sachsen	289	71
Sachsen-Anhalt	154	70
Schleswig-Holstein	219	74
Thüringen	149	70
Deutschland	6.070	72

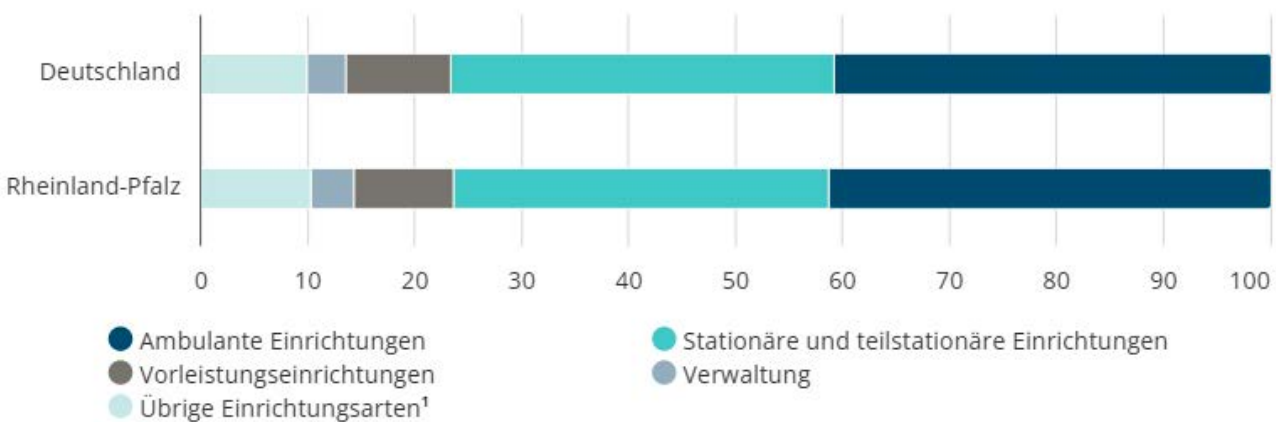
Detailliertere Informationen über die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen liefert die Gesundheitspersonalrechnung. Sie weist unter anderem die Zahl der Beschäftigten nach Einrichtungsarten aus. Anders als in der Erwerbstätigenrechnung werden dabei Beschäftigungsverhältnisse erfasst, das heißt Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden mehrfach als Beschäftigte gezählt.

Gesundheitspersonalrechnung (GPR)

Die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) weist die Zahl der Beschäftigten, die in den Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind, nach Einrichtungsarten aus. Unter Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden also mehrfach als Beschäftigte gezählt. Der Gesundheitspersonalrechnung liegt damit ein anderes Konzept zugrunde als der Erwerbstätigenrechnung, bei der Erwerbstätige mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupttätigkeit erfasst werden. Als Beschäftigte im Gesundheitswesen gelten Selbstständige, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neben der Zahl des Gesundheitspersonals insgesamt werden die weiblichen Beschäftigten und die Vollzeitäquivalente für die verschiedenen Einrichtungsarten ermittelt.

Gesundheitspersonal 2023 nach Art der Einrichtung

Anteil in %



¹ Gesundheitsschutz, Rettungsdienst und sonstige Einrichtungen.

Die größten Arbeitgeber sind die ambulanten sowie die stationären und teilstationären Einrichtungen. Mehr als drei Viertel des rheinland-pfälzischen Gesundheitspersonals arbeiten in diesen beiden Einrichtungsarten. In ambulanten Einrichtungen waren 2023 rund 113.400 Beschäftigte bzw. 41 Prozent des Gesundheitspersonals tätig. Knapp die Hälfte davon entfiel auf Arzt- oder Zahnarztpraxen. Ein gutes Viertel machten die Praxen sonstiger medizinischer Berufe aus. Dazu gehören z. B. physio- und ergotherapeutische Praxen sowie die Praxen von Psychotherapeutinnen und -therapeuten oder Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern. Die restlichen Beschäftigten in ambulanten Einrichtungen verteilen sich auf Einrichtungen der ambulanten Pflege, Apotheken und den Einzelhandel im Gesundheitswesen.

Gesundheitspersonal in ambulanten Einrichtungen 2023

Anteil in %



In stationären und teilstationären Einrichtungen waren 2023 etwa 96.600 Beschäftigte angestellt; das entspricht einem Anteil von 35 Prozent. Der Großteil des Gesundheitspersonals in dieser Einrichtungsart arbeitete in Krankenhäusern (61 Prozent). Gut ein Drittel der Beschäftigungsverhältnisse ist der stationären und teilstationären Pflege zuzuordnen. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen machen nur einen geringen Anteil aus.

Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen 2023

Anteil in %



Mit großem Abstand an dritter Stelle stehen die Vorleistungseinrichtungen, zu denen z. B. die pharmazeutische und medizintechnische Industrie gehören. Im Jahr 2023 waren dort 9,4 Prozent der Beschäftigten des Gesundheitswesens tätig. Die übrigen Einrichtungsarten, zu denen die Verwaltung, der Rettungsdienst, der Gesundheitsschutz und die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens zählen, kommen gemeinsam auf einen Beschäftigungsanteil von 14 Prozent. Den sonstigen Einrichtungen werden Beschäftigte zugerechnet, die einen medizinischen Gesundheitsberuf (ohne Tiermedizin) ausüben oder einem Beruf in der Altenpflege oder in der Medizin-, Orthopädie- und Reha-Technik nachgehen, die in keiner der anderen sechs definierten Einrichtungsarten beschäftigt sind.

Die Verteilung des Gesundheitspersonals auf die Einrichtungsarten ist in Rheinland-Pfalz sehr ähnlich wie im Bundesdurchschnitt. Die Anteile der ambulanten Einrichtungen und der Verwaltung sind hierzulande geringfügig höher. Dafür arbeiten anteilig etwas weniger Beschäftigte in stationären und teilstationären Einrichtungen sowie in Vorleistungseinrichtungen.

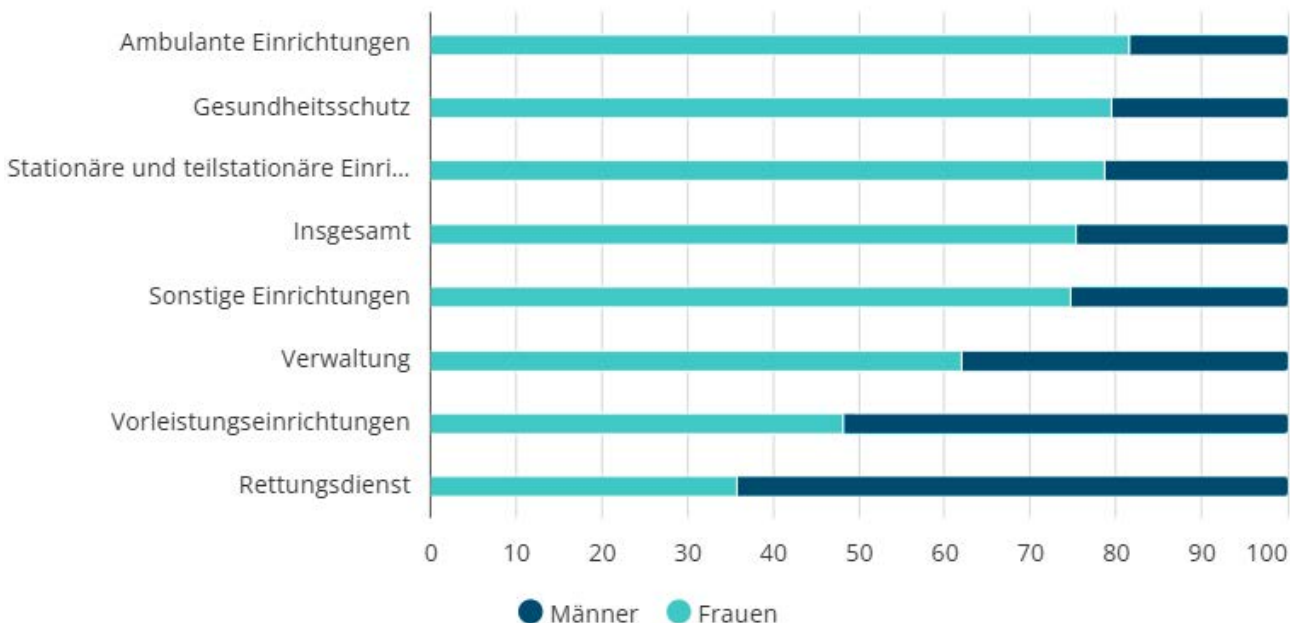
Hoher Frauenanteil

Im Gesundheitswesen ist der Frauenanteil der Beschäftigten sehr hoch. Drei Viertel der Beschäftigten in den rheinland-pfälzischen Gesundheitseinrichtungen sind Frauen (Deutschland: ebenfalls 75 Prozent). In Sachsen und Sachsen-Anhalt war der Anteil mit 77 Prozent am höchsten und in Hamburg mit 70 Prozent am niedrigsten.

Der Frauenanteil variiert stark zwischen den Einrichtungsarten. Die höchsten Anteile weisen die ambulanten Einrichtungen (2023: 82 Prozent), der Gesundheitsschutz (80 Prozent) sowie die stationären und teilstationären Einrichtungen (79 Prozent) auf. In einzelnen Teilbereichen sind die Anteilswerte noch höher. Dies betrifft besonders Einrichtungen der Pflege: Der Spitzenwert wurde mit 88 Prozent in der ambulanten Pflege erreicht. Auch in der stationären und teilstationären Pflege ist ein außergewöhnlich hoher Anteil des Gesundheitspersonals weiblich (84 Prozent). Mehr Männer als Frauen arbeiten hingegen beim Rettungsdienst und in Vorleistungseinrichtungen; dort betrug der Frauenanteil 36 bzw. 48 Prozent.

Gesundheitspersonal 2023 nach Einrichtungsart und Geschlecht

Anteil in %

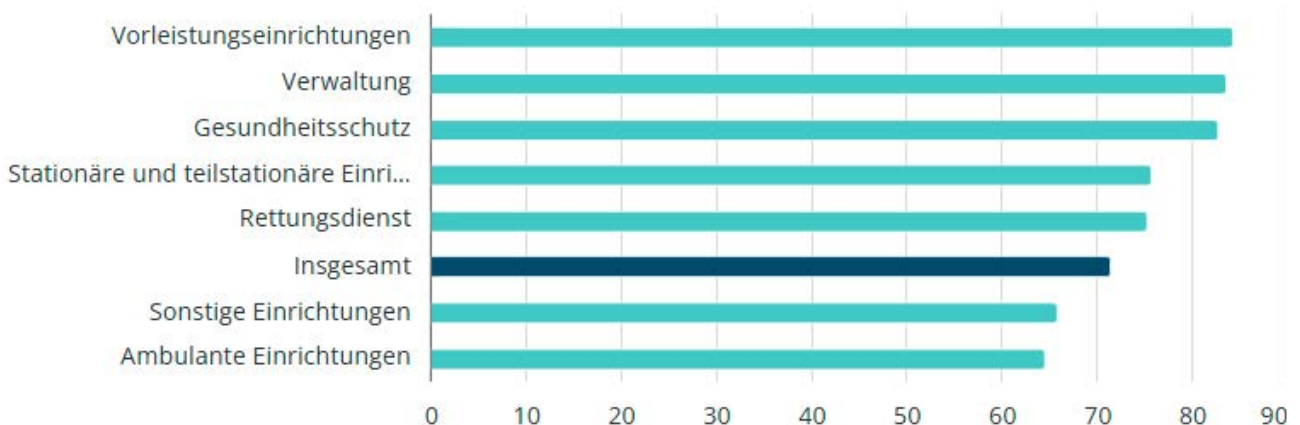


Das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung lässt sich anhand sogenannter Vollzeitäquivalente bestimmen. Vollzeitäquivalente weisen die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten aus. Je niedriger die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte ist, desto größer ist die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung. Im Jahr 2023 kamen in Rheinland-Pfalz auf 100 Beschäftigte 71 Vollzeitäquivalente. Die Verbreitung von Teilzeitbeschäftigung im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen entspricht etwa den Ergebnissen für Deutschland insgesamt. Die größte Bedeutung hat Teilzeitbeschäftigung in Niedersachsen (70 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte). Den geringsten Stellenwert hat sie in Thüringen mit 75 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte. Generell sind die Unterschiede zwischen den Ländern relativ gering. Allerdings hat die Teilzeitarbeit im Gesundheitswesen in den westdeutschen Bundesländern eine etwas höhere Bedeutung als in den ostdeutschen Bundesländern.

In den Einrichtungsarten ist Teilzeitbeschäftigung unterschiedlich stark verbreitet. Im Rettungsdienst, in den Vorleistungseinrichtungen und in der Verwaltung, den drei Einrichtungsarten mit den niedrigsten Frauenanteilen, wird relativ wenig in Teilzeit gearbeitet: Die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte lag dort zwischen 75 und 84 und somit deutlich höher als im Gesundheitswesen insgesamt. Umgekehrt errechnen sich für die am stärksten von weiblichem Personal geprägten ambulanten Einrichtungen nur 65 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte. Dort ist Teilzeitarbeit besonders in den beiden Teilbereichen Apotheken und Praxen sonstiger medizinischer Berufe verbreitet (57 bzw. 61 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte).

Gesundheitspersonal 2023 nach Einrichtungsart

Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigungsverhältnisse



Beschäftigungsanstieg im Gesundheitswesen

Bereits vor Beginn der Coronapandemie wuchs die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 erhöhte sie sich um 12.100 Beschäftigungsverhältnisse bzw. 4,8 Prozent. Im Bundesdurchschnitt fiel der Anstieg noch stärker aus (+9,3 Prozent). Im Jahr 2020 erhöhte sich die Beschäftigtenzahl im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen trotz der Herausforderungen, die der Ausbruch der Coronapandemie mit sich brachte, insgesamt nur moderat. Es kamen 2.400 Beschäftigungsverhältnisse hinzu, was einem Plus von 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (Deutschland: +1,5 Prozent). Allerdings führte die Pandemie zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau im Gesundheitsschutz, zu dem unter anderem die Gesundheitsämter und die in öffentlicher Hand betriebenen Impfzentren zählen. In dieser Einrichtungsart wuchs das Gesundheitspersonal um 34 Prozent. Im zweiten Jahr der Pandemie legte die Beschäftigung im Gesundheitswesen kräftig zu. So stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 6.200 bzw. 2,3 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent). Starke prozentuale Zuwächse verzeichneten der Gesundheitsschutz (+14 Prozent) und die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens (+11 Prozent). Zu den sonstigen Einrichtungen gehören unter anderem die Corona-Testzentren.

Das Abklingen der Pandemie spiegelt sich auch in der Beschäftigtenentwicklung 2022 wider. Insgesamt entstanden im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen zwar 700 zusätzliche Arbeitsplätze, was einem leichten Plus von 0,3 Prozent entspricht (Deutschland: +0,5 Prozent). Allerdings wurden unter anderem in den Einrichtungsarten „Gesundheitsschutz“ und „Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens“ Stellen abgebaut (-15 bzw. -2,1 Prozent). Im Jahr 2023 verringerte sich das Gesundheitspersonal in Rheinland-Pfalz leicht um 600 Beschäftigte bzw. 0,2 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Im Gesundheitsschutz und in den sonstigen Einrichtungen wurde der während der Pandemie stark gewachsene Personalbestand weiter reduziert (-9,1 bzw. -2,3 Prozent). Zudem sank die Beschäftigtenzahl in den Vorleistungseinrichtungen um 7,7 Prozent. Allerdings trug zu diesem Rückgang der Wechsel eines größeren Betriebes in einen anderen Wirtschaftszweig bei, wodurch die Beschäftigten ab dem Berichtsjahr 2023 bei der Berechnung des Gesundheitspersonals nicht mehr berücksichtigt werden.

Insgesamt stieg der Personalbestand im Gesundheitswesen von 2014 bis 2023 um 21.000 Beschäftigte bzw. 8,2 Prozent. Im Bundesdurchschnitt fiel der Anstieg mit +15 Prozent noch stärker aus. Am geringsten war die Zunahme in Bremen und am höchsten in Hamburg (+7,4 bzw. +22 Prozent).

Gesundheitspersonal

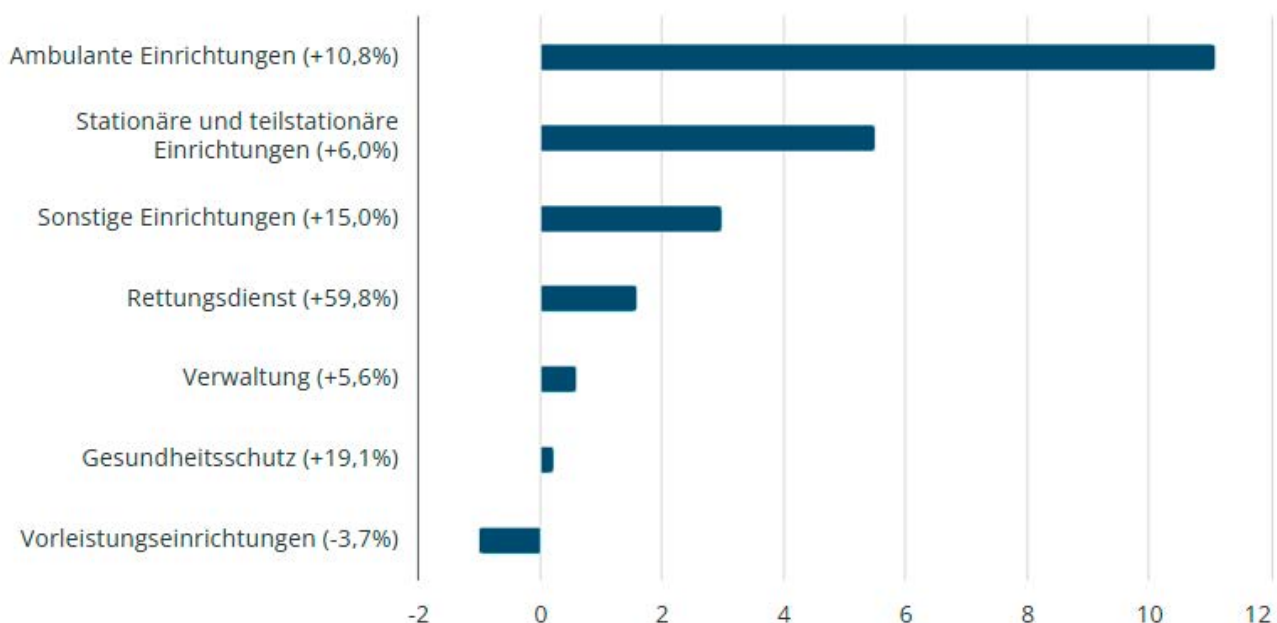
Messzahl: 2014=100



In Rheinland-Pfalz war die Beschäftigtenzahl in sechs der sieben Einrichtungsarten 2023 größer als 2014. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden in ambulanten Einrichtungen (+11.100 Beschäftigte). In den stationären und teilstationären Einrichtungen waren 2023 rund 5.500 Beschäftigte mehr tätig als 2014. In den sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens kamen seit 2014 rund 3.000 und im Rettungsdienst 1.600 Beschäftigungsverhältnisse hinzu. In den Vorleistungseinrichtungen nahm die Beschäftigtenzahl hingegen ab (-1.000 Beschäftigte); jedoch erklärt sich dieser Rückgang in erster Linie durch den Wirtschaftszweigwechsel eines größeren Betriebes. Vor dieser Änderung war das Gesundheitspersonal in Vorleistungseinrichtungen gewachsen; 2022 wurden in dieser Einrichtungsart 1.200 Beschäftigungsverhältnisse mehr gezählt als 2014.

Gesundheitspersonal 2023 nach Einrichtungsart

Veränderung zu 2014 in 1.000



() Veränderung zu 2014 in %

Der Frauenanteil im Gesundheitswesen hat sich im Zeitverlauf kaum verändert. Im Jahr 2023 lag er 0,5 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2014. Im Vergleich der sieben Einrichtungsarten ging der Frauenanteil in stationären und teilstationären Einrichtungen am stärksten zurück (-1,6 Prozentpunkte). Anteilig mehr Männer als 2014 arbeiteten insbesondere in der stationären und teilstationären Pflege (Frauenanteil: -3,7 Prozentpunkte). Im Rettungsdienst stieg der Anteil der Frauen dagegen kräftig; von 2014 bis 2023 nahm er um 6,6 Prozentpunkte zu.

Auch die Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte änderten sich von 2014 bis 2023 kaum. Sie waren 2023 nur 0,3 Vollzeitäquivalente niedriger als 2014, was eine geringfügige Zunahme von Teilzeitarbeit bedeutet. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Einrichtungsarten. In fünf der sieben Einrichtungsarten nahm die Bedeutung von Teilzeitarbeit zu. Besonders im Rettungsdienst arbeiteten 2023 mehr Teilzeitkräfte als 2014; die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte verringerte sich in diesem Zeitraum um 6,8. Hingegen wurde im Gesundheitsschutz sowie in stationären und teilstationären Einrichtungen 2023 mehr in Vollzeit gearbeitet als 2014. In diesen Teilbereichen stieg die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte um 3,4 bzw. 2,3.

24,3 Milliarden Euro Gesundheitsausgaben

Die rheinland-pfälzischen Gesundheitsausgaben beliefen sich 2023 auf 24,3 Milliarden Euro. Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 5.841 Euro. Damit lagen die Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt von 5.925 Euro. Der Grund sind die in Rheinland-Pfalz geringeren Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, der öffentlichen Haushalte, der sozialen Pflegeversicherung und der privaten Haushalte. Im Ländervergleich wurden die höchsten Gesundheitsausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner in Brandenburg getätigt und die niedrigsten in Bremen (6.402 bzw. 5.368 Euro).

Gesundheitsausgaben 2023 nach Ausgabenträgern



Bundesland	Insgesamt	Gesetzliche Kranken- versicherung	Private Haus- halte ¹	Private Kranken- versicherung	Soziale Pflege- versicherung
Baden- Württemberg	5.597	3.048	735	537	599
Bayern	5.858	3.142	837	559	562
Berlin	6.151	3.418	714	490	738
Brandenburg	6.402	3.705	627	411	864
Bremen	5.368	3.027	620	329	594
Hamburg	6.051	3.177	900	496	603
Hessen	6.050	3.230	839	517	674
Mecklenburg- Vorpommern	6.151	3.718	508	324	867
Niedersachsen	5.764	3.230	673	461	686
Nordrhein- Westfalen	6.068	3.395	695	491	729
Rheinland-Pfalz	5.841	3.196	710	556	657
Saarland	6.086	3.397	690	493	750
Sachsen	5.763	3.621	423	266	841
Sachsen-Anhalt	6.211	3.826	528	248	946
Schleswig- Holstein	6.030	3.276	757	561	650
Thüringen	6.005	3.609	596	294	826
Deutschland	5.925	3.302	714	483	688

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Gesundheitsausgabenrechnung (GAR)

Die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) bildet die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern ab. Träger von Gesundheitsausgaben sind alle öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren. Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich beziehen sich die Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst. Im Regelfall muss ein direkter Patientenbezug gegeben sein.

Für den größten Ausgabenträger – die gesetzliche Krankenversicherung – werden zudem die Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten ermittelt. Ausgewiesen werden die laufenden Gesundheitsausgaben (ohne Investitionen) für sieben Hauptleistungsarten mit insgesamt 15 Unterpositionen.

Die Summe der Gesundheitsausgaben entsprach 2023 rund 14 Prozent des in Rheinland-Pfalz erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Bundesweit war der Anteil etwas niedriger (zwölf Prozent). Deutliche Unterschiede ergeben sich beim Vergleich der ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt hatten Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen die höchsten Gesundheitsausgaben (jeweils 17 Prozent). Auch in Sachsen war der Anteil mit 15 Prozent überdurchschnittlich. Die geringsten gesundheitsbezogenen Ausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftskraft wiesen Hamburg und Bremen auf (7,5 bzw. 9,2 Prozent), gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern (jeweils zehn Prozent).

Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben in Rheinland-Pfalz werden von der gesetzlichen Krankenversicherung getätigt. Ihr Anteil belief sich 2023 auf 55 Prozent. Im Bundesdurchschnitt war der Anteil mit 56 Prozent etwas höher. Allerdings ist in Rheinland-Pfalz auch der Anteil der gesetzlich Krankenversicherten an der Bevölkerung unterdurchschnittlich. Am geringsten ist der Ausgabenanteil der gesetzlichen Krankenversicherung mit 53 Prozent in Hamburg und am höchsten in Sachsen mit 63 Prozent.

Der zweitwichtigste Ausgabenträger sind in Rheinland-Pfalz die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dieser Ausgabenträger umfasst beispielsweise die Zuzahlungen von Privatpersonen bei Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. In Rheinland-Pfalz trugen die privaten Haushalte 2023 rund zwölf Prozent der Gesundheitsausgaben. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil ebenfalls bei zwölf Prozent. Am niedrigsten fiel er in Sachsen aus und am höchsten in Hamburg (7,3 bzw. 15 Prozent).

Die private Krankenversicherung kam 2023 für 9,5 Prozent aller Gesundheitsausgaben auf. Damit weist Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Bayern den zweithöchsten Anteilswert auf. Den Spitzenplatz nahm Baden-Württemberg mit 9,6 Prozent ein. In Sachsen-Anhalt war der Ausgabenanteil der privaten Krankenversicherung mit vier Prozent noch nicht einmal halb so groß. Der Bundesdurchschnitt lag bei 8,2 Prozent.

Die Verteilung der Gesundheitsausgaben auf die Ausgabenträger ist in Rheinland-Pfalz ähnlich wie im Bundesdurchschnitt, sie unterscheidet sich jedoch etwas zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern. In den ostdeutschen Bundesländern ist die soziale Pflegeversicherung für einen größeren Teil der Gesundheitsausgaben verantwortlich als in den westdeutschen Bundesländern. Der Ausgabenanteil lag in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 14 und 15 Prozent und in den westlichen Bundesländern zwischen 9,6 und zwölf Prozent (Rheinland-Pfalz: elf Prozent). Eine mögliche Ursache für diesen strukturellen Unterschied ist der teils höhere Altenquotient¹ in den östlichen Bundesländern. Er ist eine Folge der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen aus diesen Ländern über eine längere Zeit nach der Wiedervereinigung. Aus dem größeren Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung dürfte sich eine vergleichsweise höhere Nachfrage nach Leistungen der sozialen Pflegeversicherung ergeben.

¹ Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

Gesundheitsausgaben 2023 nach Ausgabenträgern

Anteil in %

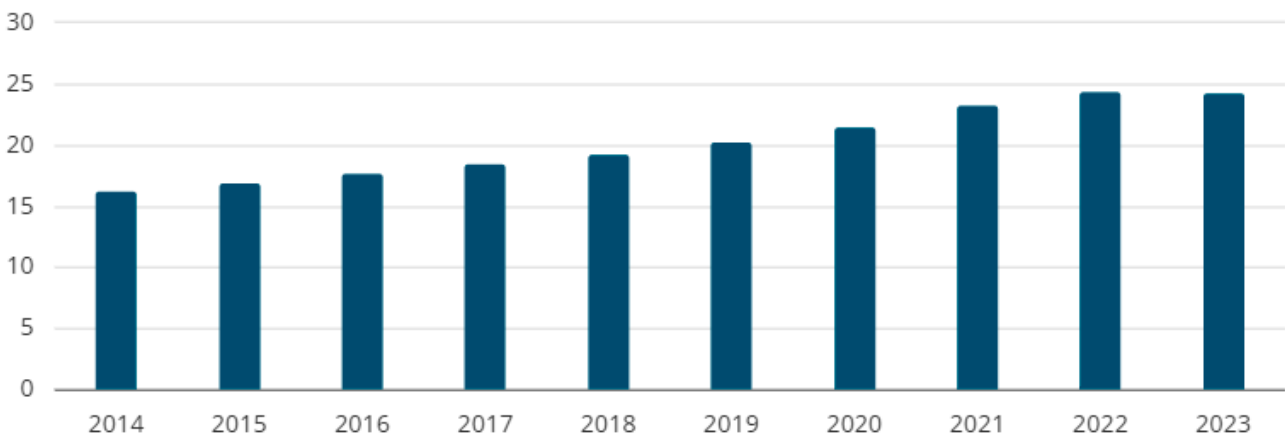


¹ Öffentliche Haushalte, Gesetzliche Rentenversicherung, Gesetzliche Unfallversicherung und Arbeitgeber.

Die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit stiegen in den vergangenen Jahren kontinuierlich. Von 2014 bis 2019 wuchsen sie um 25 Prozent und somit deutlich stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt, das in diesem Zeitraum um 15 Prozent zulegte (Deutschland: +26 bzw. +18 Prozent). Entsprechend nahm der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 2014 bis 2019 um insgesamt 1,1 Prozentpunkte zu. Dazu dürften mehrere Faktoren beigetragen haben, zum Beispiel der demografische Wandel, neue Methoden zur Diagnostik und Behandlung von Krankheiten sowie ein gestiegenes Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung.

Gesundheitsausgaben

Mrd. EUR



Der Ausbruch der Coronapandemie trug dazu bei, dass die Ausgabensteigerung 2020 überdurchschnittlich hoch ausfiel. Für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit wurden sechs Prozent mehr ausgegeben als 2019 (Deutschland: +6,7 Prozent). Allerdings entwickelten sich die Gesundheitsausgaben der verschiedenen Ausgabenträger sehr unterschiedlich. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führten zu enormen Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte (+85 Prozent). Auch die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung wuchsen kräftig (+12 Prozent). Dagegen gaben die gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die privaten Haushalte 2020 weniger aus als im Vorjahr.

Im Jahr 2021, dem zweiten Jahr der Coronapandemie, nahmen die Gesundheitsausgaben erheblich stärker zu als 2020. Sie lagen 2021 um 8,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +8,5 Prozent). Dabei handelt es sich um den stärksten Zuwachs seit Beginn der Zeitreihe 2008. Alle Ausgabenträger gaben 2021 mehr für gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen aus als im Vorjahr. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte und der sozialen Pflegeversicherung erhöhten sich besonders deutlich (+37 bzw. +9,7 Prozent).

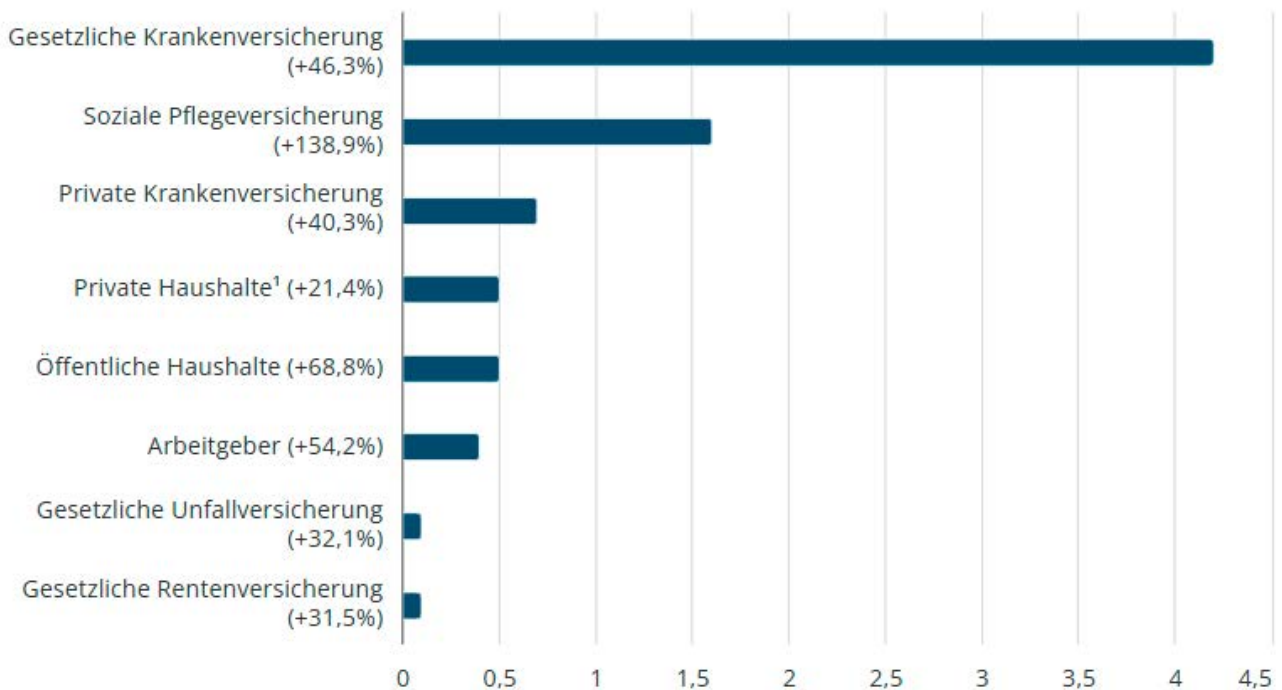
Im Jahr 2022 fielen die Ausgabensteigerungen schwächer aus als in den beiden Vorjahren (+4,8 Prozent; Deutschland: +5,3 Prozent). Deutlich höhere Gesundheitsausgaben verzeichneten 2022 erneut die Öffentlichen Haushalte und die soziale Pflegeversicherung (+15 bzw. +12 Prozent). Die Ausgaben der privaten Haushalte waren hingegen rückläufig (-3,4 Prozent). Ein Grund dafür, dass die privaten Haushalte weniger für den Erhalt und die Wiederherstellung ihrer Gesundheit ausgaben, könnte die allgemeine Konsumzurückhaltung infolge der hohen Inflation gewesen sein.

Im Jahr 2023 gingen die Gesundheitsausgaben zum ersten Mal seit Beginn der Zeitreihe 2008 leicht zurück (-0,2 Prozent; Deutschland: -0,1 Prozent). Mit dem Nachlassen der Pandemie wurden die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung 2023 reduziert, weshalb die Gesundheitsausgaben der öffentlichen Haushalte nur etwa halb so hoch waren wie 2022 (-49 Prozent). Bei den übrigen Ausgabenträgern setzte sich jedoch der Trend steigender Ausgaben fort. Prozentual erhöhten sich die Ausgaben der Arbeitgeber – zu denen unter anderem Beihilfeausgaben zählen – am stärksten (+10 Prozent). Auch die gesetzliche Rentenversicherung (+8 Prozent), die gesetzliche Unfallversicherung (+7,3 Prozent) und die private Krankenversicherung (+6,1 Prozent) gaben deutlich mehr aus als im Vorjahr. Dafür lagen die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung nur um 0,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der mittelfristige Trend kräftiger Ausgabensteigerungen bei der sozialen Pflegeversicherung wurde 2023 durch einen Rückgang der Ausgaben im Zusammenhang mit der Coronapandemie kurzfristig gedämpft.

Insgesamt nahmen die Gesundheitsausgaben zwischen 2014 und 2023 um acht Milliarden Euro bzw. 49 Prozent zu (Deutschland: +53 Prozent). Mehr als die Hälfte dieser Mehrausgaben entfielen auf den größten Ausgabenträger, die gesetzliche Krankenversicherung (+4,2 Milliarden Euro bzw. +46 Prozent). Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung wuchsen seit 2014 um 1,6 Milliarden Euro und haben sich damit mehr als verdoppelt (+139 Prozent). Der Anstieg dürfte neben der demografischen Entwicklung auf die Ausweitung des Kreises der Leistungsberechtigten infolge von Gesetzesänderungen zurückzuführen sein. So führte besonders das zum 1. Januar 2017 in Kraft getretene Zweite Pflegestärkungsgesetz dazu, dass mehr Menschen mit Demenzerkrankungen oder psychisch bedingter Pflegebedürftigkeit Anspruch auf Leistungen haben.

Gesundheitsausgaben 2023 nach Ausgabenträgern

Veränderung zu 2014 in Mrd. EUR



() Veränderung zu 2014 in Prozent

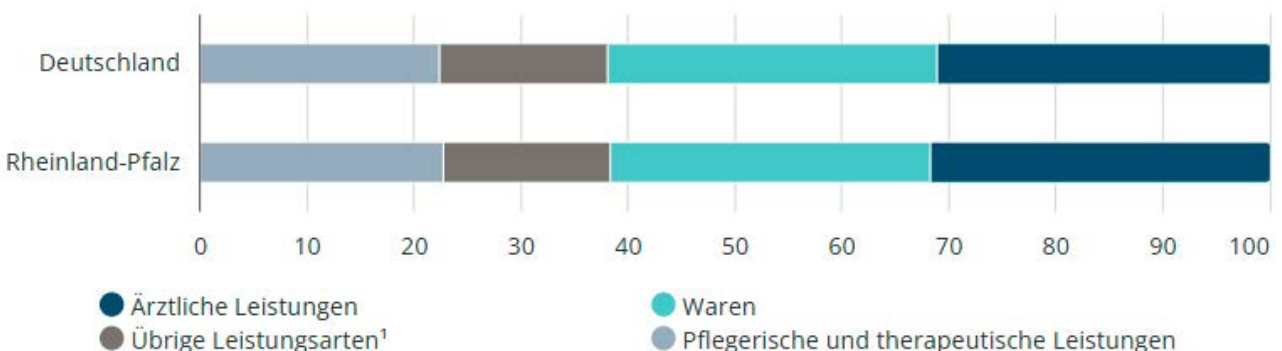
1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Größte Ausgabenposten: Ärztliche Leistungen und Waren

Für den größten Träger von Gesundheitsausgaben – die gesetzliche Krankenversicherung – werden im Rahmen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder auch die Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten ermittelt. Somit ergibt sich ein Überblick, wieviel für bestimmte gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen ausgegeben wird.

Gesundheitsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2023 nach Leistungsarten

Anteil in %



¹ Transporte, Prävention und Gesundheitsschutz, Verwaltungsleistungen sowie Unterkunft und Verpflegung.

Die gesetzliche Krankenversicherung gab 2023 insgesamt 13,3 Milliarden Euro aus. Auf jede der 3,5 Millionen gesetzlich versicherten Personen entfielen damit im Durchschnitt 3.806 Euro (Deutschland: 3.786). Am meisten gab die gesetzliche Krankenversicherung für ärztliche Leistungen aus. Der Ausgabenanteil dieser Leistungsart lag bei 32 Prozent (Deutschland: 31 Prozent). Je

versicherte Person betragen die Ausgaben für ärztliche Leistungen 1.207 Euro. Etwa die Hälfte davon machten Sonderleistungen aus. Darunter fallen unter anderem fachärztliche Tätigkeiten, Prothetik und Kieferorthopädie, aber auch Leistungen, die in Verbindung mit der ärztlichen Grundversorgung einer Patientin bzw. eines Patienten stehen, wie zum Beispiel das Anlegen eines Verbandes oder das Verabreichen von Injektionen. Mehr als ein Viertel der Ausgaben für Ärztliche Leistungen entfiel auf Grundleistungen, die zum Kernbereich jeder ärztlichen Tätigkeit gehören, wie beispielsweise die Beratung oder das Ausstellen von Rezepten. Laborleistungen und strahlendiagnostische Leistungen machten 9,9 bzw. 9,1 Prozent der Ausgaben für ärztliche Leistungen aus.

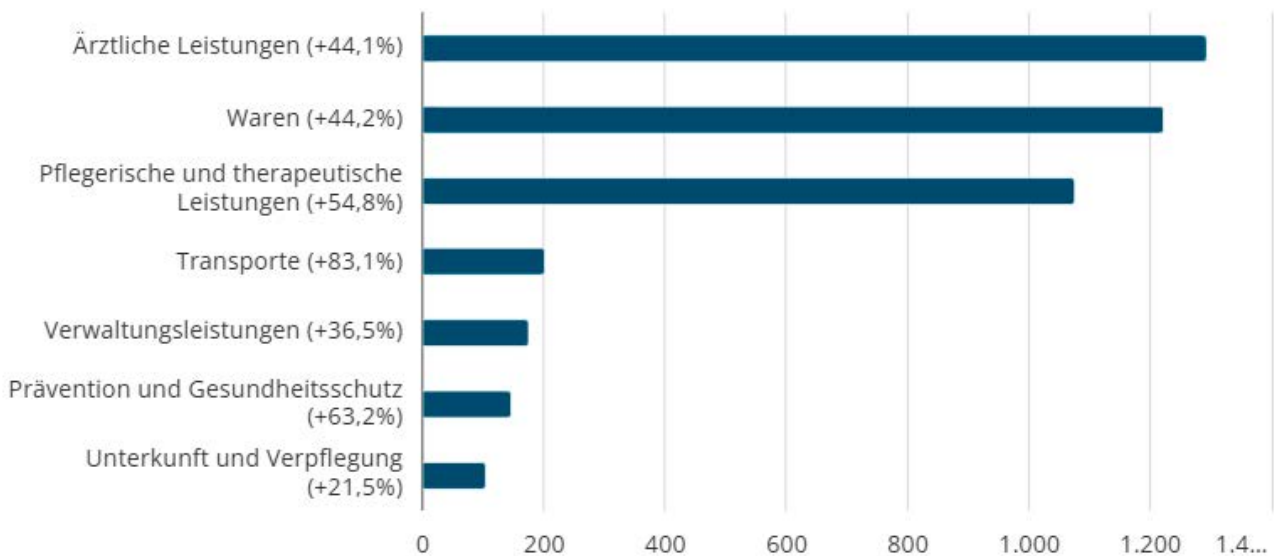
Der zweithöchste Ausgabenanteil entfiel auf die Leistungsart „Waren“ (30 Prozent; Deutschland: 31 Prozent). Für Waren gab die gesetzliche Krankenversicherung pro Kopf 1.140 Euro aus. Davon wurden zwei Drittel für Arzneimittel verwendet und 17 Prozent für sonstigen medizinischen Bedarf, der unter anderem Blutprodukte sowie ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial umfasst. Rund 14 Prozent der Ausgaben für Waren erfolgten für Hilfsmittel wie beispielsweise Seh- und Hörhilfen. Der Ausgabenanteil der Unterposition „Zahnersatz“ lag bei 3,2 Prozent. Für pflegerische und therapeutische Leistungen gab die gesetzliche Krankenversicherung je versicherte Person 868 Euro aus (Anteil an den Gesamtausgaben: 23 Prozent; Deutschland: 22 Prozent). Davon entfällt der Großteil auf pflegerische Leistungen und therapeutische Leistungen (60 bzw. 38 Prozent). Einen deutlich geringeren Anteil hatten Mutterschaftsleistungen (2,1 Prozent). Für die übrigen Leistungsarten „Prävention und Gesundheitsschutz“, „Unterkunft und Verpflegung“, „Transporte“ und „Verwaltungsleistungen“ errechnen sich zusammen Pro-Kopf-Ausgaben von 590 Euro (Anteil an den Gesamtausgaben: 16 Prozent, Deutschland: ebenfalls 16 Prozent).

Gesundheitsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2023 nach Leistungsarten ^

Leistungsart	Mio. EUR	EUR je versicherte Person
Prävention und Gesundheitsschutz	379	108
Allgemeiner Gesundheitsschutz	124	35
Gesundheitsförderung	114	32
Früherkennung von Krankheiten	108	31
Gutachten/Koordination	33	9
Ärztliche Leistungen	4.223	1.207
Grundleistungen	1.139	325
Sonderleistungen	2.280	652
Laborleistungen	419	120
Strahlendiagnostische Leistungen	387	110
Pflegerische und therapeutische Leistungen	3.037	868
Pflegerische Leistungen	1.812	518
Therapeutische Leistungen	1.162	332
Mutterschaftsleistungen	64	18
Unterkunft und Verpflegung	589	168
Waren	3.988	1.140
Arzneimittel	2.634	753
Hilfsmittel	546	156
Zahnersatz (Material-/Laborkosten)	129	37
Sonstiger medizinischer Bedarf	679	194
Transporte	445	127
Verwaltungsleistungen	656	187
Insgesamt	13.317	3.806

Gesundheitsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2023 nach Leistungsarten

Veränderung zu 2014 in Mio. EUR



() Veränderung zu 2014 in Prozent

Von 2014 bis 2023 stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt um 4,2 Milliarden Euro bzw. 46 Prozent (Deutschland: ebenfalls +46 Prozent). Die Ausgaben für ärztliche Leistungen erhöhten sich in diesem Zeitraum um 1,3 Milliarden Euro bzw. 44 Prozent. Bei den Waren betrug der Zuwachs 1,2 Milliarden Euro bzw. ebenfalls 44 Prozent. Für pflegerische und therapeutische Leistungen gab die gesetzliche Krankenversicherung 2023 rund 1,1 Milliarden Euro mehr aus als 2014 (+55 Prozent).

Fazit

Die Gesundheitswirtschaft ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Die Branche trägt erheblich zur Wertschöpfung des Landes bei und bietet vielen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern einen Arbeitsplatz. Von 2014 bis 2024 wuchs die Gesundheitswirtschaft deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft. In den Jahren 2021 und 2022 erzielte sie eine Bruttowertschöpfung auf Rekordniveau. Der Grund ist ein Sondereffekt in der Pharmabranche, die mit der Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Coronapandemie leistete.

Die meisten Beschäftigten des Gesundheitswesens arbeiten in ambulanten Einrichtungen sowie in stationären und teilstationären Einrichtungen. Das Gesundheitspersonal besteht zu drei Vierteln aus Frauen und das Arbeiten in Teilzeit ist im Gesundheitswesen weit verbreitet. Jedoch gibt es bezüglich des Frauenanteils und der Bedeutung von Teilzeitarbeit große Unterschiede zwischen den Einrichtungsarten.

Die Gesundheitsausgaben nahmen in den vergangenen Jahren deutlich zu. Den mit Abstand größten prozentualen Anstieg verzeichnete die soziale Pflegeversicherung. Besonders hoch fielen die Ausgabensteigerungen während der Coronapandemie aus, wovon die öffentlichen Haushalte am stärksten betroffen waren.

Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben tätigt die gesetzliche Krankenversicherung. Der Großteil dieser Ausgaben erfolgt für Waren wie beispielsweise Arzneimittel, für ärztliche Leistungen sowie für pflegerische und therapeutische Leistungen.